

11. IV. 1919

10

Ein 350-Millionen-Kronen-Defizit der Gemeinde Wien.

Die Sorgen der Bedeckung.

In der nächsten Woche werden die Arbeiten für die Aufstellung des Voranschlages für das kommende Budget der Gemeinde Wien vorgenommen werden. Die Höhe des Defizits übertrifft die schlimmsten Erwartungen. Der Voranschlag wird, wie wir erfahren, den Abgang an Einnahmen der Gemeinde selbst mit rund 280 Millionen Kronen beziffern. Dazu kommen noch die Betriebsabgänge der städtischen Unternehmungen. Diese waren bisher aktiv und haben nahezu 30 Millionen Kronen jährlich an die Kassen der Gemeinde abgeliefert. Hierin ist nun eine vollständige Wandlung eingetreten. Die hohen Kosten der Rohmaterialien, die Einschränkungen infolge der Sparmaßnahmen, hauptsächlich aber die rapide Steigerung der Löhne, Gehalte und Teuerungszulagen an die Angestellten und Bediensteten haben ein Defizit geschaffen, das für das kommende Verrechnungsjahr bei sämtlichen städtischen Unternehmungen mit 70 Millionen Kronen veranschlagt wird. Daher beläuft sich das Gesamtdefizit auf rund 350 Millionen Kronen.

Die Frage der Bedeckung bildet nun die Sorge der Gemeindeverwaltung. Nach den Mitteilungen, die, wie wir berichteten, der Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumbeter kürzlich dem bei ihm erschienenen Gemeinderatspräsidium machte, ist die Möglichkeit, das Zuschlagsrecht zur staatlichen Einkommensteuer zu erlangen, für die Stadt Wien vollständig aufzugeben. Der Staatssekretär verwies auf die Zuschlüsse, beziehungsweise Erhöhung zu bereits bestehenden Zuschlägen auf Luxussteuern als neue Einnahmequellen der Gemeinde. Aber ganz abgesehen davon, daß diese Besteuerung, wie wir schon darlegten, den Luxus, der ja, natürlich in gewissen Grenzen, immerhin für eine Großstadt erforderlich, für die Zukunft Wiens fast als eine Bedingung erscheint, nur einzuschränken vermag, haben Luxussteuern schon in normalen Zeiten der Kommune niemals besondere Erträgnisse geliefert. Ihr finanzielles Ergebnis betrug bisher rund zehn Millionen Kronen, und selbst eine Vermehrung durch Totalisator-, Winklampen-, Spielsteuer und dergleichen, wird in Ansehung des gewaltig angeschwollenen Defizits dem Haushalte der Stadt einen nur ungenügenden Ertrag bringen.

Auch der Plan, die vor anderthalb Jahren eingeführte Lustbarkeitssteuer für Theater-, Konzert-, Varieté- und Kinovorstellungen zu erhöhen, die im vorigen Jahre etwa drei Millionen Kronen der Stadt Wien zuführte, wird, ohne **wesentliches Mehrerträgnis zu bieten, nur die**

Unternehmungen hart treffen und viele Hunderte Existenzen in Mitleidenschaft ziehen.

Der Staatssekretär hat in seinen Vorschlägen zur Besserung der mißlichen Finanzlage der Stadt Wien die Zusicherung gegeben, daß die Staatsverwaltung Ueberweisungen aus den Real- und Verzehrungssteuern vornehmen werde, und zwar in der Höhe von 80 Millionen Kronen.

Unter diesen Verhältnissen muß die von uns bereits angegebene Erhöhung der Tarife für Gas- und Elektrizitätslieferung und für Straßenbahn vorgenommen werden. Das Erträgnis dieser Tariferhöhungen, die voraussichtlich nicht gering sein und vielleicht Steigerungen bis zu 100 Prozent und sogar darüber der bisherigen Preise erfahren werden, soll, wie es heißt, erforderlich sein, um bloß die Sanierung der städtischen Unternehmungen zu erzielen, also im besten Falle das erwähnte Defizit von 70 Millionen Kronen zu beseitigen. Noch aber bleibt, wie aus dieser Darstellung ersichtlich ist, ein großer Teil des Betriebsabganges unbedeckt und die neue Gemeindeverwaltung sowie der Magistrat stehen vor der schweren Aufgabe, diese Frage ehestens zu lösen.